

IV.4 Externe Einflüsse

Im vorliegenden Kapitel wird der Frage nachgegangen, welche Rolle die internationale Umwelt spielte und welche externen Einflüsse die Entscheidungsfindung bestimmten.

Um die Einflüsse der internationalen Umwelt besser einschätzen zu können, wird einleitend ein kurzer Rückblick auf das Verhältnis der Bundesrepublik zu ihren westlichen Verbündeten vor der „deutschen Nahostkrise“ gegeben.

Ein bundesdeutsches Engagement im Nahen Osten war von den USA gern gesehen. So plante Washington eine umfangreiche Studie zur bundesdeutschen Nahostpolitik. Berggötz weist auf die Bedeutung hin, welche man der Bonner Nahostpolitik im Kreise der amerikanischen Nahostexperten beimaß. Er vermutet, gestützt auf seine Archivrecherchen, daß es nach Ende des Suez-Krieges kurzzeitig zu Verstimmungen zwischen Bonn und Washington kam, da Bonn das amerikanische Vorgehen während des Krieges kritisierte, doch die beiderseitige Furcht vor dem sowjetischen Vordringen im Nahen Osten sorgte für einen Gleichklang beider Staaten in ihrer Nahostpolitik⁴⁴⁴.

Dies wurde auch 1964 in der Frage der Waffenlieferungen bestärkt, als Bonn nach dem Rücktritt von Verteidigungsminister Strauß im Zuge der Spiegel-Affäre erklärte, daß es die von Israel erwünschten amerikanischen Panzer nur mit der Zustimmung Washingtons liefern würde. Der amerikanische Präsident Johnson machte gegenüber Israel deutlich, daß er den Weg über Deutschland bevorzuge, da damit eine Ermutigung Moskaus, die arabischen Staaten mit Waffen zu beliefern, ausgeschlossen wurde. Während Erhards Besuch 1964 in den USA kam es zu einem Dreiergespräch zwischen Erhard, Johnson und Peres zur Klärung der Panzerlieferungen. Dabei versicherte Erhard, alles zu unternehmen, damit Israel in den Besitz der gewünschten Panzer komme. Kurz danach wurden die gewünschten Panzer aus der Bundesrepublik über Italien nach Israel transportiert⁴⁴⁵.

Das deutsch-französische Verhältnis war aufgrund der engen deutsch-amerikanischen Verbindung von Spannungen geprägt. De Gaulle äußerte auf einer Pressekonferenz im Juli 1964, daß Europa zu einer eigenen Politik kommen müsse, nicht im Gegensatz sondern an der Seite der USA⁴⁴⁶.

Die nahostpolitischen Berührungspunkte zwischen der Bundesrepublik und Frankreich hatten in den Jahren 1949 bis 1955 ausschließlich auf wirtschaftlichem Gebiet gelegen. Dabei beklagte sich die französische Seite über die schnellen wirt-

⁴⁴⁴ Vgl. Berggötz, 1998, S. 245-249.

⁴⁴⁵ Vgl. Ali, 1998, S. 130-131.

⁴⁴⁶ Vgl. Carstens, 1993, S. 255.

schaftlichen Erfolge Deutschlands. Bereits 1953 überflügelten die deutschen Exporte Frankreichs Lieferungen in den Nahen Osten. Als sich Frankreich im Frühjahr 1956 der anglo-amerikanischen Linie widersetzte und eine Politik des Ausgleiches mit Nasser zu betreiben versuchte, trafen diese französischen Bemühungen mit dem Beginn der bundesdeutschen „Nahost-Offensive“ zusammen. Da man auch in Bonn auf ein Entgegenkommen Nassers gesetzt hatte, bot sich eine gegenseitige Koordination der Aktivitäten an. Nach Ende des Suez-Krieges fürchtete Frankreich eine Isolation im Nahen Osten und verstärkte daraufhin die Bemühungen um eine Kooperation zwischen Bonn und Paris. Nur wenige Beispiele belegen eine deutsch-französische Zusammenarbeit (z. B. Erdölbohrungen der DEA in Syrien und Algerien), und die Bundesrepublik versuchte darüber hinaus ihre eigene Nahostpolitik unabhängig von Paris zu verfolgen. Somit spielte der Einfluß Frankreichs nach 1956 so gut wie keine Rolle⁴⁴⁷.

Die deutsch-britischen Beziehungen waren zu Beginn der fünfziger Jahre eher distanziert, und Großbritannien unternahm alles, um zu verhindern, daß die Bundesrepublik auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet in den Nahen Osten eindringen konnte. So reagierte Großbritannien auf die Bitte der Bundesrepublik, während der Debatten um den Israel-Vertrag Unterstützung im Nahen Osten zu erhalten, zu Beginn der fünfziger Jahre zwar offiziell positiv, dachte jedoch nicht daran, seine Zusagen auch tatsächlich zu erfüllen. Während des Suez-Krieges durchlief das Verhältnis unterschiedliche Phasen, doch erst Ende der fünfziger Jahre und zu Beginn der sechziger Jahre kam es zu einer zögerlichen Annäherungen beider Länder in der Nahostpolitik. 1963 fanden erstmals deutsch-britische Expertengespräche statt, und Deutschland wurde langsam als gleichberechtigter Partner im Nahen Osten akzeptiert⁴⁴⁸.

Wie sehr die westlichen Verbündeten in der zu untersuchenden Krise Einfluß nahmen, wird im folgenden dargestellt. In bezug auf die Anerkennungsfrage Ägyptens gegenüber der DDR wurde am 3. Februar 1965 das Auswärtige Amt durch die deutsche Botschaft in Kairo über ein Gespräch zwischen dem französischen Botschafter Roux und dem Unterstaatssekretär des ägyptischen Außenministeriums, Abou Shade, informiert. Dieser brachte Nassers Unverständnis für die Hallstein-Doktrin zum Ausdruck und teilte mit, daß nach Auffassung Nassers die Einladung Ulbrichts keine Anerkennung der DDR bedeute und dieser daher die Aufregung nicht nachvollziehen könne. Abou Shade erläuterte

⁴⁴⁷ Vgl. Berggötz, 1998, S. 271-276.

⁴⁴⁸ Vgl. Berggötz, 1998, S. 258-266.

weiterhin, daß Ägypten seine Meinung gegenüber der Wiedervereinigung Deutschlands aufgrund des Selbstbestimmungsrechts nicht geändert habe und daher auch nicht beabsichtige, die DDR anzuerkennen. Shade wich jedoch der Frage aus, ob sich dieses während des Ulbricht-Besuchs ändern werde⁴⁴⁹.

Aus einem Fernschreiben der deutschen Botschaft in Kairo ist zu entnehmen, daß einige Tage später der italienische Botschafter in Kairo, Magistrati, mit dem ägyptischen Außenminister Mohamed Riad sprach. Magistrati hatte Riad gegenüber auf die Freundschaft Italiens mit beiden Staaten hingewiesen und seine Besorgnis über die Entwicklung des deutsch-ägyptischen Verhältnisses geäußert. In dem Gespräch machte Riad deutlich, daß er nicht verstehe, warum sich die Bundesrepublik über den Ulbricht-Besuch so verärgert zeige und wies darauf hin, daß die gegenwärtige Krise allein durch Bonn verursacht und die Waffenhilfe der alleinige Grund für die Spannungen sei. Riad betonte, daß er nicht nachvollziehen könnte, warum die Bundesrepublik befreundete Regierungen bemühe, in Kairo vorstellig zu werden, und erklärte, daß es viel besser sei, die Schwierigkeiten bilateral zu behandeln⁴⁵⁰. Zu einer direkten bilateralen Verhandlung kam es nicht, da sich Bonn für die spanische Vermittlung in dieser Krise entschied.

Es ist davon auszugehen, daß westliche Verbündete den Entscheidungsprozeß bedeutend beeinflussen.

Am 5. März 1965 empfing der Kanzler den amerikanischen, den britischen und den französischen Botschafter und bat die Verbündeten, für den Fall der Entscheidung zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch das Kabinett um Verständnis.

Während des Treffens sprach sich der amerikanische Botschafter Mc Ghee, sehr dezidiert gegen den Abbruch aus. Er zeigte Verständnis gegenüber dem deutschen „Dilemma“, doch vertrat er die Auffassung, daß schlechte Beziehungen besser seien als keine Beziehungen. Dies sei auch im Interesse der USA, denn der Westen brauche den deutschen Einfluß im Nahen Osten, und Nasser dürfe nicht in das Lager der Kommunisten getrieben werden.

Auch der britische Botschafter, der ebenso wie sein französischer Kollege keine direkten Weisungen aus seiner Hauptstadt erhalten hatte, machte auf den Einfluß Nassers in der arabischen Welt aufmerksam. Wenn es Nasser gelänge, die Israel-Frage in das deutsch-ägyptische Verhältnis hineinzuziehen, würden alle Araber hinter ihm stehen. Der französische Botschafter Seydoux betonte lediglich, daß er

⁴⁴⁹ Vgl. PA/AA, MB. 3.2. 1965. „Telegramm aus Kairo. Für Staatssekretär, zugleich Botschafter Federer.“

⁴⁵⁰ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 7.2.1965. „Fernschreiben aus Kairo. Für Staatssekretär, zugleich Botschafter Dr. Federer. Gez. Müller.“

noch keine Weisungen habe, kam aber am nächsten Morgen erneut zum Bundeskanzler, dem er nach Absprache mit seinem Außenminister mitteilte, daß seine Regierung den Alleinvertretungsanspruch unterstütze. Er fragte jedoch ebenfalls, ob es für die Bundesregierung wirklich vorteilhaft wäre, wenn diese die Beziehungen zu Ägypten abbräche.

Während des Zusammentreffens betonte McGhee wiederholt, daß er gegen den Abbruch der Beziehungen sei und daß auch die USA schlecht von Nasser behandelt worden seien, doch weiterhin ihre Beziehungen aufrecht erhalten würden. Erhard stimmte dem nicht zu und wies darauf hin, daß das Kabinett die letzte Entscheidung treffen würde⁴⁵¹. Diese Reaktionen der Bundesrepublik und der Westmächte spiegelten den stark ausgeprägten Antikommunismus dieser Zeit wider.

Der britische Botschafter in Bonn, Sir Frank Roberts, erklärte in einem Gespräch mit Bundeskanzler Erhard, daß die britischen Beziehungen zu Ägypten seit der Suez-Krise sowie auch aufgrund des Jemen-Konfliktes auf dem Tiefpunkt seien und erklärte, daß er die Schwierigkeiten der Bundesregierung verstehe. Die englische Auffassung sei jedoch ähnlich wie die amerikanische, denn es sei schwieriger, Beziehungen wieder aufzunehmen als sie abzubrechen⁴⁵².

Frankreichs Position im Nahen Osten unterschied sich von der der Amerikaner. Am 6. März 1965 hatte Frankreich erklärt, daß es nach zehn Jahren seine Waffenverkäufe in die arabische Welt wieder aufgenommen und somit das Embargo aufgehoben habe, das es sich zur Zeit der Suez-Krise selbst auferlegt hatte. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Waffenlieferungen noch einen geringen Umfang und beliefen sich lediglich auf einige Hubschrauber für Jordanien und militärische Ausrüstungsgegenstände für Saudi Arabien. Paris wies jedoch darauf hin, daß die Waffenlieferungen an arabische Staaten keine Änderung des langfristigen französischen Programms von Waffenlieferungen an Israel bedeuten würden⁴⁵³. Am 8. März 1965 schloß die französische Regierung ein Handelsabkommen mit Kairo, das Weizenlieferungen in Höhe von 80 Mio. DM auf Kredit nach Ägypten beinhaltete⁴⁵⁴.

Die Haltung der europäischen Staaten und die Bedeutung des Alleinvertretungsanspruchs, wurde auch während der WEU-Ministerratskonferenz in Rom im März

⁴⁵¹ Vgl. Osterheld, 1992, S. 165-167.

⁴⁵² Vgl. AAPD, 1965, Dok. 112. „Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit den Botschaftern der Drei Mächte“, S.112-113.

⁴⁵³ Vgl. Neue Züricher Zeitung, 6.3.1965. „Französische Waffenverkäufe an die arabischen Staaten“.

⁴⁵⁴ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 8.3.1965. „De Gaulle gibt Nasser Kredit“.

1965 deutlich, als unter anderem über die „deutsche Nahostkrise“ gesprochen wurde. Der englische Außenminister Stewart erklärte, daß Großbritannien weiteren Einfluß bei den arabischen Staaten geltend machen werde, die Beziehungen zu Deutschland nicht abubrechen. Außerdem wurde die Bedeutung des deutschen Einflusses auf die arabischen Staaten für den gesamten Westen hervorgehoben und die deutsch-deutsche Frage erörtert. Der Westen werde weiterhin die internationale Anerkennung Ost-Berlins zu verhindern versuchen⁴⁵⁵.

Washington glaubte, daß die Waffenlieferungen an Israel die Erhaltung des gegenwärtigen Gleichgewichts im Nahen Osten garantierten und zu einer friedlichen Stabilität führen würden und somit Blutvergießen an israelischen Grenzen verhindert werden könnte. So hatten die Amerikaner dafür gesorgt, daß Israel amerikanische Panzer ausgehändigt bekam, die auf dem Umweg über Deutschland nach Israel gelangt waren. Gleichzeitig gab es Vermutungen in Washington, daß es durch den Ulbricht-Besuch in Kairo auch im Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel zu Annäherungen kommen könnte⁴⁵⁶.

Als am 22. Februar 1965 Erhard den amerikanischen Botschafter in Bonn McGhee empfing, versuchte er, diesen ebenfalls dafür zu gewinnen, sich für den deutschen Umschuldungswunsch bei den Waffenlieferungen einzusetzen⁴⁵⁷. Die Bundesrepublik hatte zu Beginn der Krise auf amerikanische Unterstützung gehofft, da sie, bedingt durch die geheimen Waffenlieferungen die USA für deren Ausbruch verantwortlich machte.

Am 6. Februar 1965 informierte der deutsche Botschafter in Washington, Knappstein, das Auswärtige Amt, daß er dem amerikanischen Außenministerium die Entscheidung der Bundesrepublik, die Waffenlieferungen an Israel einzustellen, übermittelt habe. Außerdem informierte er über die Proteste dreier jüdischer Verbände gegen den geplanten Lieferstopp. Es war geplant, daß noch nicht durchgeführte Lieferungen durch eine Geldzahlung abgelöst werden sollten⁴⁵⁸.

Infolge eines weiteren Treffens zwischen dem deutschen Botschafter in Washington und dem amerikanischen Außenminister Rusk berichtete Knappstein am 18. Februar 1965 an das Auswärtige Amt, daß seine Bitte an den amerikanischen Außenminister, die Position der Bundesregierung gegenüber Israel bei der Einstellung der Waffenlieferung zu unterstützen, grundsätzlich ein

⁴⁵⁵ Vgl. PA/AA, B36. 10.3.1965. „Fernschreiben aus Rom betr.: WEU-Ministerratssitzung. Auch für Diplograma London.“

⁴⁵⁶ Vgl. Rheinischer Merkur, 12.2.1965. „Amerikas ewiger Ärger mit Nasser“.

⁴⁵⁷ Vgl. Osterheld, 1992, S. 159.

⁴⁵⁸ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 58. „Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt“, S. 260-262.

positives Echo fand und die USA Hilfe zusagten. Bezüglich der damit zusammenhängenden Probleme der Nahostkrise schlug Knappstein vor, diese bilateral mit der amerikanischen Regierung zu behandeln. Er hob hervor, daß einige Mißverständnisse zwischen der Bundesrepublik und den USA hätten vermieden werden können, wenn die amerikanische Regierung vorher von der Einstellung der Waffenlieferungen informiert worden wäre. Was Ägypten betrifft, bemerkte Rusk, daß dort wie auch in Tansania und Indonesien fast nichts mehr vom amerikanischen Einfluß übrig geblieben sei. Die Beziehungen zu Ägypten hingen an einem dünnen Faden, was einerseits mit den Waffenlieferungen zu tun habe, andererseits mit Nassers Unterstützung der Aufständischen im Kongo⁴⁵⁹.

Am 24. Februar 1965 wurde der US-Sondergesandte Averell Harriman nach Israel geschickt⁴⁶⁰. Wie aus Gesprächen in Israel zu vernehmen war, bat Israel die Vereinigten Staaten um eine direkte militärische Hilfe im Kampf gegen die arabischen Länder. Die Vereinigten Staaten erklärten sich bereit, Israel im Streit um das Jordanwasser zu unterstützen⁴⁶¹. Harrimans Versuch, in Tel Aviv eine Ablösung der deutschen Waffenlieferungen zu erreichen, blieb jedoch erfolglos⁴⁶². Die Israelis wollten auf den Vorschlag der Umwandlung nicht eingehen⁴⁶³. Harriman äußerte in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Washington, Knappstein, daß die Bitte der Bundesrepublik zu einem äußerst ungelegenen Zeitpunkt käme und ihre Erfüllung die USA vor erhebliche Probleme stellen würde. Als Begründung gab Harriman an, daß die USA mit der israelischen Regierung selbst in Verhandlungen um ungelöste Verteidigungs- und Rüstungsfragen stehe und somit aus politischen Gründen nicht öffentlich als Lieferant auftreten wolle⁴⁶⁴.

Ungefähr zur gleichen Zeit befand sich der Abgeordnete Kurt Birrenbach in den USA, wo er in einem Gespräch mit dem stellvertretenden Außenminister George Ball aufgrund eigener Einschätzungen die Frage stellte, ob die USA in das Waffenengagement gegenüber Israel eintreten könnte. Ball versprach, daß die Frage Gegenstand interner Besprechungen sein werde⁴⁶⁵. Die amerikanischen Gesprächspartner erklärten, daß den USA an der Versöhnung der Bundesrepublik mit Israel gelegen sei und sich die Bundesrepublik nicht aus dem Gebiet des

⁴⁵⁹ Vgl. AAPD, 1965, Dok 83. „Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt“, S. 351-355.

⁴⁶⁰ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.2.1965. „Auf Erkundung“.

⁴⁶¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 3.3.1965. „Harriman nennt seinen Besuch in Israel nützlich“.

⁴⁶² Vgl. Osterheld, 1992, S. 161.

⁴⁶³ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 10. „Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens“, S. 422-425.

⁴⁶⁴ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 74. „Botschafter Knappstein, Washington, an Staatssekretär Carstens“, S. 313-316.

⁴⁶⁵ Vgl. Birrenbach, 1984, S. 97-98.

Vorderen Orients verdrängen lassen sollte⁴⁶⁶. Im Anschluß an den USA-Aufenthalt reiste Birrenbach nach Israel. Während seines Aufenthaltes in Israel wurden am 11. März 1965 von amerikanischer Seite Andeutungen gemacht, daß 90 Panzer, die ursprünglich für die Bundesregierung vorgesehen waren, aus den Vereinigten Staaten nach Israel geliefert werden würden⁴⁶⁷. Eine endgültige Zusage, in das Waffenengagement einzutreten, wurde zwei Monate später bestätigt. Im April 1965 hatten sich die Amerikaner bereit erklärt, 110 Panzer des Typs M 48 A II C zu liefern, sobald sich die Bundesrepublik mit Israel über andere Punkte einig geworden sei⁴⁶⁸.

Ein weiteres Beispiel für den Einfluß der USA sind die Besprechungen des Sonderbotschafters Birrenbach kurz vor seiner Mission in Israel mit zahlreichen politischen Persönlichkeiten, unter anderem dem Außenminister Dean Rusk, seinem Stellvertreter George Ball, dem Assistant Secretary of State for European Affairs William R. Tyler und den beiden Beratern des amerikanischen Präsidenten. Im Auftrag des Bundeskanzlers hatte Birrenbach gleichzeitig eine Reihe führender Persönlichkeiten der Jewish Community in den Vereinigten Staaten aufgesucht, um mit ihnen den deutschen Standpunkt in der „deutschen Nahostkrise“ zu erörtern⁴⁶⁹. Der Besuch kann als eine Absprache mit dem Bündnispartner USA zur weiteren Vorgehensweise in der Krise gedeutet werden.

Eindeutig zu belegen ist der US-Einfluß bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel. Das Drängen des Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel wurde besonders nach der Rückkehr von seiner Informationsreise aus den USA deutlich, wo er offenbar „belehrt“ worden war, die Beziehungen aufzunehmen⁴⁷⁰. Bundeskanzler Erhard hatte am 4. März 1965 Barzel telephonisch in den USA kontaktiert. Barzel riet ihm dringend, gegenüber Israel aktiv zu werden. Er hatte in New York lange Gespräche mit Vertretern jüdischer Organisationen geführt und warnte den Kanzler, daß die Bundesrepublik Gefahr laufe, in den USA einen starken Vertrauensschwund zu erleiden. Er fügte hinzu, daß wegen des Waffenlieferungsstops und der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen jüdische Kreise schon jetzt dabei seien, das amerikanische Parlament gegen Bonn zu mobilisieren⁴⁷¹.

⁴⁶⁶ Vgl. Birrenbach, 1984, S. 97-98.

⁴⁶⁷ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 125. „Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee, 11 März 1965“, S. 501-507.

⁴⁶⁸ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 163. „Staatssekretär Carstens an Bundeskanzler Erhard“, S. 654-655.

⁴⁶⁹ Vgl. Birrenbach, 1984, S. 97-98.

⁴⁷⁰ Vgl. Seelbach, 1970, S. 136.

⁴⁷¹ Vgl. Der Spiegel, 17.3.1965. „Wir leben ständig in der Gefahr der Erpressung“.

Der CSU-Politiker Franz-Josef Strauß war der dritte US-Reisende, der heimlich auf Einladung jüdischer Bankkreise zu Gesprächen nach New York aufgebrochen war, wo er den israelischen Ministerpräsidenten Abba Eban traf. Nach seiner Rückkehr gab er an, „er habe nur den Rat seines Arztes nach Luftveränderung befolgt“. Wie Barzel verlangte auch Strauß die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Israel und war davon überzeugt worden, von dem Abbruch der Beziehungen zu den arabischen Staaten abzusehen⁴⁷².

Nachdem Israel sich bereit erklärt hatte, das Angebot der diplomatischen Beziehungen anzunehmen, sprach Bundeskanzler Erhard seine Genugtuung aus, während anderen deutschen Politikern, insbesondere Außenminister Schröder, die Eile, mit der Israel auf das deutsche Angebot reagiert hatte, mißfiel, da jetzt Israel das Tempo der Entwicklungen bestimmte und die Deutschen daran hinderte, aufgrund arabischer Reaktionen seinen Kurs noch einmal zu überdenken⁴⁷³. Für Bundeskanzler Erhard stand das deutsch–israelische Verhältnis im Vordergrund.

Nach der Verzögerung bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel in den fünfziger Jahren, war nun aufgrund des Zeitdrucks die Entscheidung im politisch ungünstigen Moment gefallen, was auf arabischer Seite automatisch in eine Krise münden mußte.

Die Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ägypten schien im allgemeinen den westlichen Verbündeten von großer Bedeutung zu sein. Demgegenüber fühlte sich die Bundesregierung in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt. Dies wurde während der Vorbereitungen zum Besuch des britischen Premierministers Harold Wilson am 3. März 1965 in Bonn deutlich. Die Anwesenden⁴⁷⁴ waren der Meinung, daß die deutschen Verbündeten, insbesondere die Amerikaner, nichts zur Verbesserung der Situation beigetragen hätten, insbesondere nicht für das Alleinvertretungsrecht. Da die „Gegenseite“ jedoch aktiv sei, käme es zu einer langsamen Verschlechterung der Situation⁴⁷⁵.

Aus diesen Äußerungen geht hervor, daß die Bundesregierung eine aktivere Rolle der Verbündeten in der Krise erwartet hatte. Für die USA waren die Wahrung des Status quo und die Eindämmung des globalen Kommunismus, insbesondere in Zeiten des Vietnamkrieges, von primärem Interesse.

An den aufgeführten Beispielen kann belegt werden, daß die bundesdeutschen Entscheidungsträger durch ihre westlichen Verbündeten bedeutend in ihrem Entscheidungsprozeß beeinflußt wurden. In Abstimmung mit den westlichen

⁴⁷² Vgl. Der Spiegel, 17.3.1965. „Wir leben ständig in der Gefahr der Erpressung“.

⁴⁷³ Vgl. Deutschkron, 1983, S. 297.

⁴⁷⁴ u.a. waren von Hase und Osterheld anwesend.

⁴⁷⁵ Vgl. Osterheld, 1992, S. 163-164.

Verbündeten zu handeln, bedeutete für die Bundesrepublik eine weitere Förderung der Westintegration, der das deutsch-ägyptische Verhältnis untergeordnet werden mußte. Die Nachgiebigkeit Erhards, vom Abbruch der Beziehungen zu Ägypten mangels westlicher Unterstützung abzusehen, bestätigt dies. Der offensichtliche Einfluß der westlichen Verbündeten ist erneut am Drängen der USA auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel festzumachen, der schließlich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen von ägyptischer Seite führte.